

## Gefängnis Limmattal versucht mit neuem Projekt, Suizide zu verhindern

von Lina Giusto — az Limmattaler Zeitung  
Zuletzt aktualisiert am 18.1.2017 um 10:07 Uhr

Der Eingang zum Gefängnis Limmattal, das einen neuen Chef und eine neue Abteilung für Krisenintervention erhält. DEG

© David Egger

### **Die neue Abteilung Krisenintervention bietet mehr Raum und Bewegung.**

Die neue Abteilung Krisenintervention im Gefängnis Limmattal soll für Insassen aller Untersuchungsgefängnisse im Kanton Zürich, die suizidal gefährdet sind, in der zweiten Jahreshälfte bezugsbereit sein. Dies teilten Roland Zurkirchen, Leiter Gefängnis Limmattal, und Jacqueline Fehr, Justizdirektorin des Kantons Zürich, gestern den Medien in Winterthur mit. Die Abteilung bietet für elf männliche oder weibliche Untersuchungshäftlinge Platz.

Die baulichen Massnahmen für die neue Abteilung sollen in den nächsten zwei Monaten in Angriff genommen werden. Insgesamt soll die neue Abteilung über drei Zellenformen verfügen: Eintrittszellen, Aufenthaltsräume und Akutzellen. Die Infrastruktur der Krisenintervention verfügt über mehr Begegnungsräume. Die suizidgefährdeten Insassen sollen die Möglichkeit erhalten, miteinander zu essen und zu arbeiten.

Zudem sollen die Räume über den Spazierhof miteinander verbunden sein. Für die Betreuung sind vier zusätzliche Pfleger zum bisherigen Mitarbeiterstab im Gefängnis Limmattal geplant. Betreut wird die Abteilung von einem Oberarzt. Tägliche Besuche durch den Psychiater sind ebenfalls vorgesehen. Durch den gezielten Einsatz von medizinisch geschultem Personal kann die Entwicklung des Verhaltens von gefährdeten Personen besser überwacht werden, so Zurkirchen über die neue Gefängnisabteilung. Für die ersten baulichen Schritte sind einmalige Investitionen in der Höhe von 250 000 Franken budgetiert. Jährlich wiederkehrend sind 600 000 Franken für die Abteilung veranschlagt.

### **Eine Reaktion auf Kritik**

«Dieses Projekt soll ein Leuchtturm sein, Suizid in Gefängnissen zu verhindern», sagte Justizdirektorin Fehr, im Wissen, dass dieses Ziel vollständig kaum zu erreichen ist. Dennoch sei es die Aufgabe des Justizdepartementes des Kantons Zürich alle möglichen Massnahmen nach diesem Ziel auszurichten. Was sich ausserhalb des Gefängnisses abspiele, akzentuiere sich besonders im Gefängnis drinnen, so Fehr weiter. Damit spricht die Justizdirektorin die landesweit hohe Suizidrate an.

Das Projekt im Gefängnis Limmattal ist das Ergebnis einer Analyse über Selbsttötung im Gefängnis, die das Justizdepartement in Auftrag gegeben hat. Auslöser dafür war die Selbsttötung einer Mutter in Untersuchungshaft, die vorgängig in Flaach ihre beiden Kinder getötet hatte.

## STRAFVOLLZUG

### **Roland Zurkirchen wird neuer Direktor der Untersuchungsgefängnisse**

17.1.2017 um 10:35 Uhr

#### **Selbsttötung verhindern**

Über die Bedingungen in Untersuchungsgefängnissen im Kanton Zürich wurde mehrfach Kritik geübt. Selbstmorde von Insassen in den Zellen gaben zu reden. Justizdirektorin Fehr versprach, die Hintergründe zu analysieren. Und die Abteilung Krisenintervention im Gefängnis Limmattal, einem von fünf kantonalen Untersuchungsgefängnissen, ist die erste Folge davon.

Zurkirchen erklärt die Notwendigkeit der Krisenintervention: «Die Untersuchungshaft reisst Personen aus ihrem alltäglichen Leben heraus.» Und betont: «In der Untersuchungshaft gilt die Unschuldsvermutung.» In ausserordentlichen Situationen treten bei den Insassen Fragen auf, wie ihr Leben weitergehe und was draussen in der Zwischenzeit passiere. Solche Gedanken können suizidale Absichten auslösen.

Auf die Frage, wie man mit gefährdeten Personen umgeht und wie man ihre Absichten verhindern kann, ist die Abteilung Krisenintervention im Gefängnis Limmattal nun eine erste Antwort. Zellen würden laut Zurkirchen grundsätzlich so eingerichtet, dass sich niemand etwas antun kann. Auch der psychologische Dienst kann medikamentös unterstützen. In Extremsituationen aber würden gefährdete Insassen in Kliniken eingewiesen. Bei suizidalen Zwischenstufen sei dies aber nicht möglich. Dann wird eine besondere Behandlung, die die Krisenintervention ermöglicht, notwendig.